

Elternverein Rheinland-Pfalz e.V.

Tätigkeitsbericht 2015

Der Vorstand des Elternvereins tagte satzungsgemäß viermal im Jahr und beschäftigte sich mit aktuellen schulischen Themen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Elternverein aktuell den Asylanten und Flüchtlingskindern ohne Deutschkenntnisse, die zusätzlich in den öffentlichen Schulen aufgenommen werden.

Auch die zum Schuljahr 2014/15 in Kraft getretene Änderung des Schulgesetzes, die eine schrittweise Öffnung der Regelschulen des Landes für behinderte und beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler (Inklusion) unter Wegfall aller Vorbehalte, gab weiter Anlass zu intensiver Beschäftigung und Besorgnis. Wichtige Forderung des Elternvereins ist der Erhalt des hochspezialisierten Förderschulwesens und die Sicherstellung des Wahlrechts für die Eltern zwischen Förderschule und Förderung in einer Regelschule (Schwerpunktschule) ohne Abstriche an der Qualität der Förderung sowohl der beeinträchtigten als auch der weiteren Schülerinnen und Schüler sowie der Erreichbarkeit einer Sonderschule.

Zusammen mit den Bündnispartnern des **Bildungsbündnisses Rheinland-Pfalz** (Elternvertreter/-initiativen, Lehrerverbände, Familienverbände und weitere) setzt sich der Elternverein für die gemeinsamen Ziele ein und geht mit den Forderungen: vollständige Unterrichtsversorgung, durchgehend kleinere Klassen, personelle Verbesserungen für individuelle Förderung der schwachen aber auch der leistungsstarken Schüler/innen in den heute sehr viel heterogeneren Lerngruppen, Stärkung der Kernkompetenzen *Lesen, Schreiben, Rechnen* in der Grundschule und Integration von Flüchtlings- und Migrantenkindern, dabei von Anfang an intensiver Deutschunterricht an die Öffentlichkeit. Im Hinblick auf die Landtagswahl wurden „Wahlprüfsteine“ erarbeitet.

Angehört wurde der Elternverein vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur u.a.

zur Neufassung der **Ferienordnung und zur VV zur Ferienregelung Schuljahre 17/18 bis 23/24**; die neue Ferienordnung sieht die Möglichkeit vor, mindestens einwöchige Faschings- bzw. Pfingstferien (bei Verkürzung der Weihnachts- und/oder Osterferien) in den Jahren einzurichten, in denen zwischen zwei Ferienblöcken mindestens sechs Schulwochen liegen. Demnach wird es in den Schuljahren 18/19, 19/20 und 21/22 einwöchige Winterferien in der Faschingswoche geben und in den Schuljahren 20/21, 22/23 und 23/24 zweiwöchige Pfingstferien (unter Einbeziehung von Fronleichnam);

zur **VV Bilingualer Unterricht an Realschulen Plus**

zum **Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften**;

zur **Änderung der Richtlinien für die Durchführung der Sitzungen der Klassenelternversammlung, des Schulelternbeirats und des Schulausschusses sowie Teilnahme an Konferenzen**. Danach muss der Schulausschuss mindestens einmal im Schulhalbjahr (vorher einmal im Schuljahr) einberufen werden. Es wurde die Zahl der Elternvertreter im Schulausschuss um eins auf bis zu vier erhöht und bis zu vier weiteren Vertretern der Eltern das Stimmrecht in der Gesamtkonferenz eingeräumt;

zur **Änderung der Abiturprüfungsordnung**: Wegen der hinzugekommenen zentralen Aufgabenteile (bundeseinheitliche Prüfungsstandards) wird die Bearbeitungszeit für die schriftliche Abiturprüfung in den Leistungsfächern Englisch und Französisch von 4 auf 4einhalb Stunden verlängert (ab 2016/17).

Der Vorstand des Elternvereins war auf verschiedenen schul- und bildungspolitischen Veranstaltungen vertreten, u.a. beim Ingelheimer Fachkongress des Verbandes Reale Bildung zum Thema *Erziehungsoffensive* mit Dr. Michael Winterhoff, bei den Mainzer Bildungsgesprächen der CDU-Landtagsfraktion zum Thema *Persönlichkeitsbildung in der Schule und Fördern und Fordern*, beim Landeselterntag 2015 in Koblenz zum Thema *individuelle Förderung und Inklusion*, beim Kontaktlehrerseminar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Thema *Mobbingfreie Schule* sowie bei der Festveranstaltung des Philologenverbandes in Stromberg zum Thema *„Innovation und Tradition - das Gymnasium in Rheinland-Pfalz“* mit Prof. Nida-Rümelin.